



„Die Parteispenden generell verbieten, das wäre sauber“

Ex-Vizekanzler Hannes Androsch im OÖNachrichten-Interview

Von Anneliese Edlinger

OÖNachrichten: Von den Forderungen des von Ihnen initiierten Bildungsvolksbegehrens wird so gut wie nichts umgesetzt. Hat sich Ihr Ärger darüber schon etwas gelegt?

Hannes Androsch: Man muss die machtversessenen Blockierer und Reformverweigerer, wie zum Beispiel die Lehrgewerkschaft, in die Schranken weisen. Deshalb werden wir uns ganz sicher nicht zurückziehen, sondern den Druck verstärken und die Sache zu einem zentralen Thema im Nationalratswahlkampf 2013 machen. Wir haben ja politische Machtverhältnisse, wo Landeshauptleute oder Gewerkschaftsbosse des öffentlichen Dienstes den Ton angeben und damit die Verfassung auf den Kopf stellen. Das Recht geht nicht mehr vom Volk oder seinen Vertretern im Parlament aus, sondern von Gewerkschaftsbossen und dem einen oder anderen Landeshauptmann.

Mit den Parlamentariern hatten Sie ja schon Konsens gefunden für Bildungsreformen.

Ja, wir hatten großen Konsens in der Frage, was man wie auf den Weg bringen kann. Und zum Schluss durften sie nicht so entscheiden, wie sie wollten. Am (VP-Bildungssprecher, Anm.) kam und sagte, er müsse auf die bestehenden Machtstrukturen Rücksicht nehmen. Da wedelt der Schwanz mit dem Hund, das kann's ja wohl nicht sein.

Gleichzeitig gibt es viele Vorschläge für mehr direkte Demokratie...

...mit denen Initiativen wie unser Volksbegehren zur lächerlichen Heuchelei und Verhöhnung der Menschen werden.

Wie gefällt Ihnen der Vorschlag aus der ÖVP, wonach Volksbegehren, die von rund 650.000 Menschen unterschrieben werden, automatisch zu einer Volksabstimmung führen sollten?

Das ist die nächste Pflanzerei, weil man genau weiß, dass diese Zahlen nicht erreicht werden.



Hannes Androsch: „Lesen, laufen, lieben, daran halte ich mich.“ (Wakolbinger)

ZUR PERSON

Hannes Androsch (SP) war elf Jahre lang (von 1970 bis 1981) österreichischer Finanzminister und von 1976 bis 1981 auch Vizekanzler unter Bruno Kreisky. Der heutige Industrielle initiierte das Bildungsvolksbegehren, das von 383.000 Österreichern unterstützt wurde.

Als Reaktion auf den Vertrauensverlust in der Politik hat die Regierung das Transparenzpaket beschlossen. Ist das der richtige Schritt, der mehr Vertrauen bringen wird?

Man kann es der Regierung nur wünschen. Aber viel gescheiter wäre eine ehrliche Lösung. Dass

man sagt, dotieren wir die Parteien ordentlich mit öffentlichen Mitteln, erlauben daneben noch Mitgliedsbeiträge und sonst nichts. Die Parteispenden generell verbieten, weg damit, das wäre sauber und nicht so eine halbherzige Lösung, wie sie jetzt beschlossen wurde.

Und die Vorschläge für ein stärkeres Persönlichkeitswahlrecht, gefallen Ihnen die?

Unbedingt, da bin ich dafür, dass nicht mehr die Landesparteiobleute und Parteisekretäre die Nationalratsabgeordneten auswählen, sondern dass sie der Wähler selber aussucht. Dann könnten die Parlamentarier wirklich selbst entscheiden, das wäre ein echter Fortschritt.

„Wir haben ja politische Machtverhältnisse, wo Landeshauptleute oder Gewerkschaftsbosse des öffentlichen Dienstes den Ton angeben und damit die Verfassung auf den Kopf stellen.“

Sie kritisieren die Länder als Blockierer, es kommen aber auch Reformvorschläge aus den Ländern. Der steirische VP-Obmann Hermann Schützenhöfer schlägt vor, das gesetzliche Pensionsalter auf 67 Jahre zu erhöhen. Und er hat vollkommen recht damit. Mir imponiert, dass er diesen Vorschlag gemacht hat.

In Ihrer SPÖ herrscht da aber eine andere Meinung.

Trotzdem liegt Schützenhöfer richtig.

Sie sind 74 Jahre alt, könnten längst in Pension sein. Ist Ruhestand keine Option für Sie?

Nein, das ist für mich keine Perspektive. Ich halte mich da lieber an die drei L, mit denen man inhaltsvoll altern kann und möglichst gesund bleibt: Lesen, laufen, lieben, daran halte ich mich.